

Redebeitrag

Plenum, 18.06.2018

Regierungserklärung „Chancen der Zusammenarbeit“

Dokument 240 (2017-2018) Nr. 4

- Michael Balter -

*- Es gilt das gesprochene Wort -*

Meine Damen und Herren,

die Sprache der klassischen Politik gleicht einer Manipulation. Einer Manipulation des Denkens.

Man will den Zuhörer von seiner These überzeugen und versucht dies durch den gezielten Gebrauch von Begriffen. Diese werden sooft wiederholt, bis sich diese Begriffe im allgemeinen Sprachgebrauch festgesetzt haben, die These dahinter als unumstößlich gilt und sich dann zu einem Dogma entwickelt.

Meine Damen und Herren,

sie kennen das, und einige hier im Hause beherrschen diese Beeinflussung ganz gut.

Da wir heute über die Regierungserklärung zur europäischen Zusammenarbeit reden, gehe ich nicht tiefer auf den Gebrauch dieser Methodik bezüglich der DG oder Ostbelgien ein, sondern werde über die Anwendung dieser Manipulation in Bezug auf die Europäische Union reden.

Als der britische Schriftsteller Forsyth vor zwei Jahren von einem Journalisten gefragt wurde, was für ein Europa er sich denn wünsche, wenn er das bisherige ablehne, antwortete er:

„Nein, nein! Sie sagen immer Europa, Europa. Europa ist ein Festland. Okay? Wir sprechen hier von einer entfernten, arroganten, inkompetenten Regierung in Brüssel unter Herrn Juncker und seine Regierung über uns wollen wir ablehnen und das haben wir getan.“

Meine Damen und Herren,

die Briten verlassen nicht Europa; die Schweiz liegt auch in Europa; große Teile von Russland befinden sich in Europa.

Europa ist ein Erdteil, ein Subkontinent, wenn man es genau nimmt. Historisch und kulturell betrachtet man ihn aber als eigenständigen Kontinent. In Europa gibt es 47 Länder, wovon sich 28 Länder in einem Staatenverbund Namens „Europäische Union“ organisieren.

Dieser Staatenverbund steht zu Recht in der Kritik – und das weltweit.

Es ist traurig, dass ich meine Redezeit dazu gebrauchen muss, dies nochmals klarzustellen, aber Herr Paasch vermischt bewusst immer wieder diese Begriffe, wie viele andere Vertreter der klassischen Politik ebenfalls.

Die EU ist eine Institution und Europa ein Kontinent!

Wenn in zahlreichen Ländern der EU hunderttausende Menschen auf die Straße gehen, um gegen die Politik der EU zu demonstrieren, dann sind diese Bürger nicht gegen Europa oder europafeindlich eingestellt, sondern stellen sich gegen die politische Richtung der EU, welche bekanntermaßen in erster Linie den großen Konzernen dient.

Ja, dienen ist hier ein passender Begriff.

Immer mehr dieser Bürgern wählen in vielen Ländern der EU solche Parteien, welche sich ebenfalls – und dies von ganz links bis ganz rechts – gegen die aktuelle Entwicklung, welche die EU genommen hat, stellen.

Diese sind keine Feinde Europas, sondern nachdenkliche Bürger, welche erkannt haben, dass es so nicht weiter gehen kann.

Aber anstatt sich sachlich und inhaltlich mit dieser Kritik auseinanderzusetzen, nimmt man die Populismus-Keule heraus und beschimpft diese Menschen, was zu noch mehr Politikverdrossenheit führt und die Bevölkerung spaltet.

Ich möchte hier und heute nicht auf die ganzen Fehlentwicklungen der Europäischen Union eingehen. Ich habe dies schon oft getan und zahlreiche Menschen da draußen wissen, was ich meine. Nur kurz:

Es geht nicht nur um die immense Geldverschwendung, Selbstbedienung oder Fehlplanungen in Brüssel und Straßburg.

Es geht auch nicht um die verkorkste Euro-Politik. Von Anfang an war klar, dass man solch unterschiedliche Volkswirtschaften, wie sie innerhalb der Europäischen Union vertreten sind, nicht unter dem Dach einer gemeinsamen Währung zusammenschließen kann. Das konnte bisher nicht funktionieren und das wird auch nicht funktionieren. Es hat in vielen Ländern Südeuropas zu Finanz- und Wirtschaftskrisen geführt, welche ohne den Euro ganz anders abgelaufen wären. Die Länder hätten ihre eigene Währung abwerten oder selbst über ihre Zinspolitik entscheiden können.

**Fraktion im PDG V.o.G.**

Ein anderes Beispiel ist die EU-Außenpolitik, welche durch die berüchtigten Freihandelsabkommen mit Drittweltländern den Hunger in der Welt nur vermehrt und ärmere Länder, vor allem in Afrika, ausbeutet, was wiederum den Flüchtlingsstrom anheizt.

Auch nicht-demokratisch gewählte EU-Kommissare, Sinnbild für das bestehende Demokratiedefizit innerhalb der EU, bestimmen und haben eine ungeheure Macht.

Durch den Fiskalpakt ist eine Gemeinde nicht mehr in der Lage, selbst über ihr Budget zu bestimmen, sondern muss sich der EU-Gesetzgebung unterwerfen.

Meine Damen und Herren,

es geht vor allem darum, und das ist das Schlimmste, dass man sich nicht mit der berechtigten Kritik auseinandersetzt, sondern ein Dogma aufbaut und die EU als alternativlos bezeichnet.

Auch hier im Hause müssen wir uns dies des Öfteren anhören.

In einer Demokratie sollte man eigentlich immer streiten dürfen, Meinungen austauschen und um den richtigen Weg ringen. Dabei darf es kein Dogma geben, denn ein solches hat den Anspruch der absoluten Gültigkeit, eine sich über die Wahrheit erhebende Aussage. Wo dies hinführen kann, zeigt uns die Geschichte zur Genüge.

Also sollten wir uns mit Alternativen zur aktuellen Form der EU beschäftigen, denn weder die Finanz-, noch die Fiskal-, noch die Außenpolitik kommt bei den Bürgern an. Im Gegenteil: Die Politik der EU wird von immer weniger Bürgern getragen und wenn sachlicher über die Missstände aufgeklärt würde, wären es noch weniger.

In der Regierungserklärung von Herrn Paasch sind kaum kritische Worte zur EU-Politik zu lesen. Im Gegenteil. Eigentlich beschäftigt man sich hauptsächlich damit, wie man am meisten von EU-Fördermitteln profitieren kann, verschweigt aber, dass diese Gelder zuerst in Form von Steuern vom Bürger genommen und dann mit großem Getöse verteilt werden.

Sicherlich gibt es Elemente in der EU-Politik, die Sinn machen, wie der grenzüberschreitende Handel ohne Zölle oder andere Hindernisse, die ausgeräumt wurden.

Die Frage ist allerdings: Brauchen wir dafür diesen ganzen EU-Apparat und muss die EU deshalb immer mehr Souveränität der einzelnen Staaten übernehmen?

**Fraktion im PDG V.o.G.**

Als Beispiel: Technische Normen. Da müssten Anpassungen gefunden werden, aber man findet keine. Bekanntlich hat ein belgischer Feuerwehrschauch eine andere Norm als ein deutscher, wodurch es in diesem Grenzgebiet zu Problemen kommen kann. Die Menschen müssen sich selbst um eine Lösung bemühen, weil die EU keine Lösung anbietet.

So wollte Frankreich z.B. ein nationales Verbot von Bisphenol durchsetzen, ein hormonähnlicher Stoff, welcher höchst gesundheitsschädlich ist. Nur hat sich die EU-Kommission beschwert und Frankreich dies verboten, da es keine nationalen Alleingänge geben dürfe. Ebenfalls lässt die EU-Kommission Pestizide zu, obwohl einige Länder sich dagegen ausgesprochen haben.

Den Bürger fragt ohnehin niemand.

Wenn, wie bei den Abstimmungen zu verschiedenen EU-Verträgen geschehen, dieser „Nein“ sagt, lässt man solange neu wählen, bis das Abstimmungsverhalten passt.

Meine Damen und Herren,  
in diesem Zusammenhang möchte ich einen alternativen Weg ansprechen.

In einem Gastkommentar in der Neuen Zürcher Zeitung vom Oktober 2016 schreibt Professor Bruno S. Frey:

„Der Einigungsprozess der EU wird häufig für „alternativlos“ erklärt, aus Angst vor einem Rückfall in den Nationalismus. Es gäbe aber eine Alternative: problemorientierte politische Körperschaften.“

Es gibt schon einen Unterschied zwischen dem Rückfall zum Nationalismus und der bestehenden EU. Dazwischen sollte man nach Lösungen suchen.

Dieser Professor gehört zu den meistzitierten europäischen Ökonomen und regt an, die gegenwärtigen, starren und wenig demokratischen EU-Strukturen durch einen Wiederaufbau von unten zu ersetzen.

Hierzu müssten problem- bzw. lösungsorientierte politische Körperschaften zur Bewältigung gemeinsamer Aufgaben gegründet werden.

Die Initiative dazu, so der Ökonom, könne gemeinsam von Gemeinden und Regionen in verschiedenen Ländern sowie von Staaten, die miteinander kooperieren wollen, ergriffen werden. Gegenstand der Arbeit dieser Körperschaften könnten bildungs- und wissenschaftspolitische Themen, die soziale Sicherung, Umweltprobleme, Freihandel, Migration oder Sicherheit der Bürger sein.

Grenzgemeinden führen diese pragmatischen Lösungen untereinander bereits aus.

So kauft z.B. eine belgische Gemeinde das Trinkwasser in einer deutschen ein. Die eine hat zu viel, die andere zu wenig, und entsorgt das Abwasser in einen deutschen Abwasserkanal, da es auch hier noch freie Kapazitäten gibt.

Hierzu gibt es Abkommen zwischen den Gemeinden. Problemorientiert wurden also pragmatische, grenzüberschreitende Lösungen gefunden.

Solche pragmatischen Lösungen vor Ort hat es auch schon vor der EU gegeben.

Vielleicht werden Sie mir entgegnen, dass die DG dies auch mache und dies heute bereits in vielen Bereichen praktiziert werde. Ja! Nur hier sind oft die EU-Richtlinien im Wege und verhindern pragmatische Lösungen im Kleinen.

Auch wenn das Subsidiaritätsprinzip das eigentlich vorsieht.

Die EU ist oft weit weg vom Bürger und schafft mehr Probleme, als sie zu lösen vermag. Da bekommt ein Bio-Gemüsehändler Probleme wegen einer EU-Vorschrift für Gemüse, weil er sich weigert, gesundes Gemüse wegzuschmeißen, nur weil es nicht der EU-Norm entspricht. Solche Beispiele kennen Sie alle zu Hauf.

Menschen, die miteinander Handel treiben, nähern sich an, lernen sich besser kennen und manchmal auch mögen und führen seltener Krieg. Also sollte unser Ansatz auch darauf beruhen, den Handel untereinander zu vereinfachen. Dies kann in einem Fortbestand des Binnenmarktes münden, in anderen Freihandelsformen mit offenen Grenzen oder mit Grenzkontrollen. Dies entscheiden die jeweiligen Staaten untereinander.

Die Situation an der griechischen Grenze ist anders als an der Grenze zwischen Belgien und Deutschland. Hier gilt es, lösungsorientiert zu arbeiten und nicht dogmatisch.

Aber es sollten pragmatische Abkommen von Staaten, Gemeinden oder eben Gliedstaaten sein und dazu bedarf es keiner übergeordneten Institution, wie die EU heute, welche alle Macht an sich reißt und sich mehr und mehr von den wahren Problemen der Menschen entfernt.

Nur wenn, wie eben erwähnt, von der klassischen Politik der Slogan überall heißt: „Es gibt keine Alternative zur EU!“, dann wird man es kaum wagen, über Alternativen zu diskutieren.

Ich sehe die Idee von Herrn Professor Frey als diskussionswürdige Grundlage, sich mit den Problemen der EU auseinanderzusetzen und sich nicht von Dogmen leiten zu lassen, sondern

**Fraktion im PDG V.o.G.**

von der Vernunft, die Probleme ursächlich anzugehen und sachorientiert nach Lösungen zu streben.

Dies könnte die DG vermehrt tun.

Nur redet die DG Regierung bekanntlich kaum mit ihren belgischen Nachbargemeinden. Ich habe den Eindruck, zu deutschen Einrichtungen hat man ein besseres Verhältnis als zu den anliegenden belgischen Gemeinden, welche ebenfalls in Ostbelgien liegen. Sie werden entgegen, dies habe u.a. mit unserer gemeinsamen Muttersprache zu tun.

Wir sehen jedoch hier interessante Potentiale, die beispielsweise durch die zu wünschen übriglassenden Fremdsprachenkenntnisse unserer Kinder und Schüler verbessert werden könnten.

Anstatt einen Austausch mit Südtirol, Brandenburg oder Mecklenburg-Vorpommern zu forcieren, sollten wir uns vielleicht mehr nach Westen richten und z.B. in der Kleinkindbetreuung Abkommen mit der französischen Gemeinschaft unterzeichnen.

Wenn heute eine Familie aus Weywertz ihr Kind zur Betreuung in die direkte Nachbargemeinde nach Waismes bringen möchte, ist dies, wenn es sich um einen offiziellen Dienst handelt, mit zahlreichen Hürden verbunden und teilweise nicht möglich.

In der Regierungserklärung wird jedoch klar, dass dies nicht die Politik der DG-Regierung ist. Im Gegenteil: Man sucht in der Ferne Kontakte, anstatt vermehrt mit den unmittelbaren Nachbarn zu reden und dies wird verstärkt dazu führen, innerbelgische Grenzen zu schaffen, welche teilweise ja schon bestehen.

Auch ein Beispiel von lösungsorientierten Körperschaften ist, oder bald war, Nosbau im Norden der DG, eine Einrichtung welche seit Jahrzehnten auf dem Gebiet der DG und auf dem Gebiet der französischen Gemeinschaft erfolgreich mit den Regierungen zusammenarbeitet, sodass Bürger auf beiden Seiten profitieren.

Hier plant man die Zerschlagung. Irrsinn? Nein, das ist DG-Politik!

Da spricht man von europaweiten Kontakten und Abkommen, aber im eigenen Lande entfremdet man sich und will nicht einmal mit den direkten Nachbargemeinden reden, um eben lösungsorientiert vorzugehen. Das Schweigen auf unsere Pressemitteilung bzgl. der Randgemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft vor zwei Wochen spricht da Bände.

Wie sagte es ein Schöffe aus einer frankophonen Nachbargemeinde:

**Fraktion im PDG V.o.G.**

„Unsere Kinder werden sich in Zukunft wahrscheinlich auf Englisch unterhalten.“  
Dies liegt auch in der Politik dieser ProDG-geführten Mehrheit begründet.

Meine Damen und Herren,

interessant ist, wenn Sie den Überlegungen des Schweizer Professors nachgehen und nach Diskussionen suchen, dann finden sie kaum welche.

Es scheint so, als ob einfache Lösungsansätze nicht gewünscht sind.

Der deutsche Publizist Reinhold Vetter hat es in seinem Buch „Nationalismus im Osten Europas“ treffend zusammengefasst:

„Während Wissenschaftler und Publizisten bereit sind, grundsätzlicher über die gegenwärtigen Defizite und die Perspektiven der EU zu diskutieren, haben die meisten europäischen Politiker Angst vor solch einer strategischen Debatte – eine Angst, die Politiker immer dann ergreift, wenn sie ihre Posten, Machtpositionen und materiellen Annehmlichkeiten bedroht sehen.“

Wir sind der Meinung, dass ein friedvolles Europa, und hiermit meine ich alle Länder Europas, nicht nur die EU-Länder, ein Miteinander der Bürger und Staaten nur dann realisiert werden kann, wenn eben solche problemorientierten Lösungsansätze im Kleinen unter Einbeziehung der Menschen vor Ort realisiert werden und das die EU, wie sie heute besteht, grundlegend reformiert werden muss.

Ein Anfang wäre, wenn die EU-Verträge wie u.a. der Lissabonvertrag, welcher Mitgliedsländer dazu zu verpflichten, sich permanent aufzurüsten, den Bürgern sachlich erklärt und dann per Volksentscheid zur Wahl stehen würden.

Die EU muss einen kompletten Neuanfang wagen.

Von Frieden zu reden, in einem Jahr, indem unzählige Kriege mit Waffen aus EU-Ländern und teilweise mit Unterstützung unserer Armeen weltweit Millionen Menschen zur Flucht zwingen, indem Länder durch unsere Außen- und Wirtschaftspolitik in Hunger und Elend getrieben werden und indem es in zahlreichen EU-Ländern auf der Straße rumort, ist abwegig.

Und es sind nicht die neuen Parteien, ob in Italien oder anderenorts, welche man verunglimpfen sollte. Es sind die alten Parteien, die verantwortlich für die Fehlentwicklungen sind. Diese sollten sich selbst – und nicht andere – in Frage stellen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.  
Für die Vivant Fraktion  
Michael Balter